

Liebe Genossinnen und Genossen,

eigentlich dachte ich, dass mich bei unserer derzeitigen Regierungskoalition nichts mehr überraschen kann. In den letzten Wochen und Monaten habe ich aber wieder einmal etwas gelernt: So hektisch kann Tatenlosigkeit sein!

Da haben wir die Frauenquotenumfaller bei der CDU erlebt. Die Lohnuntergrenzenumfaller bei der FDP. Die Wendehälse Schäuble und Merkel, die uns ganz langsam darauf vorbereiten, dass auch Kleinsparer vielleicht doch und irgendwie bei der Bankenrettung zur Kasse gebeten werden können sollen. Dazwischen hüpfte die Kanzlerin von einem Frauengipfel zum nächsten Klimagipfel, dass man mit dem Zählen kaum mehr hinterher kommt.

Und passiert ist bei alledem – nichts. Klarer Kurs? – Fehlanzeige. Strategische Entscheidungen? – gibt es nicht. Es sei denn, man hält das konsequente Aussitzen aller Themen allein schon für eine gezielte Strategie. Regierungshandeln als planloses Vor-sich-hin-wursteln. Doch halt, etwas hat die Koalition ja doch beschlossen: das Betreuungsgeld. Hurra! Wo es um die eigene Klientel geht statt um das Gemeinwohl, da kann die Regierung beinahe jeden Unfug durchboxen. Auch bei diesem Thema konnte man im Übrigen wieder mal die FDP umfallen sehen. Dann haben wir noch: das Drohnen-Debakel, Familienvorsorge à la CSU... es ist einfach ärgerlich. Und neuerdings: Wahlversprechen, dass alles zu spät ist! Man kommt sich vor wie bei „Wünsch dir was“... und man hat ein wenig fremschämen... Denn nicht nur uns Schwaben stellt sich die Frage: Wer soll das bezahlen? Aber keine Sorge, Mutti Merkel mit ihrem Regierungsehevertrag aus dem Hinterzimmer hat ja auch gar nicht die Absicht zur Umsetzung ihrer Wahlversprechen...

Ich weiß nicht, wie es bei euch zu Hause war, als ihr Kinder wart.... Ist ja noch nicht soooo lange her... Also meine Eltern und Großeltern brachten mir bei, dass man Versprechen auch halten muss. Man gibt sein Ehrenwort für eine Sache hin... und für die steht man dann auch. Selbst wenn es Kraft kostet. Sein Versprechen zu brechen – ist unanständig. Aber eine gute Kinderstube ist vermutlich die kleinste Sorge der derzeitigen Regierung. An deren Stelle könnte ich nicht ruhig schlafen, ich würde mich wie eine Betrügerin fühlen...

Diese kurze und knappe Beschreibung, liebe Genossinnen und Genossen, zeigt uns doch nur eines: Das Land braucht dringend die SPD. Das Land braucht eine bessere Regierung. Die Menschen brauchen die klare Ansage, was wir nach dem 22. September besser machen wollen. Diese Ansage kann man seit einigen Wochen schwarz auf weiß nachlesen: in unserem Regierungsprogramm. Und darüber möchte ich mit euch heute reden. Nicht in epischer Breite, sondern anhand einiger Punkte, die mir besonders wichtig sind.

Zunächst einmal freut es mich sehr, dass in diesem Programm meine Themen, wenn ich das so sagen darf, eine enorm wichtige Rolle spielen. Das Regierungsprogramm dreht sich im Prinzip um eine grundlegende Frage: Wie kommen wir zu einer gerechten und solidarischen Gesellschaft? Das ist zugleich die Frage, die in meinen Augen die Sozialdemokratie im Innersten ausmacht – seit der Gründung der SPD vor 150 Jahren.

Im Jahr 2013 können wir uns nicht ernsthaft mit unseren Vorstellungen von einer besseren Zukunft beschäftigen, ohne kurz an die Vergangenheit zu erinnern. 150 Jahre SPD: Damit sind wir die älteste demokratische Partei Deutschlands. Seit ihrer Gründung 1863 kämpfen unsere Mitglieder für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit. Sie traten und treten ein für eine solidarische und fortschrittliche Gesellschaft. Viele von ihnen haben diesen Einsatz in ihrer langen Geschichte mit dem Verlust von Wohlstand, Gesundheit, Leib und Leben bezahlt. Ihr Opfer muss uns Ansporn und Verpflichtung gleichermaßen sein. Ohne die SPD sähe unser Land anders und ärmer aus, gäbe es keinen Acht-Stunden-Tag, keine Arbeitnehmerrechte, keine Arbeitsschutzgesetzgebung und keine Sozialstaatlichkeit in unserer Verfassung. Doch der Kampf um soziale Gerechtigkeit bleibt eine Aufgabe, der wir uns immer wieder aufs Neue stellen müssen.

Wie schaffen wir es nun, in unserem Land Wohlstand und Zukunftschancen fair zu verteilen, anstatt Gier und Eigennutz noch zu belohnen? Dass wir mit diesem Ziel nicht allein sind, zeigen unter anderem die vielen Menschen, die mit ihren Ideen im Rahmen des SPD Bürger-Dialoges an diesem Regierungsprogramm mitgearbeitet haben.

Die erste Antwort lautet: Wir wollen die Spaltung des Arbeitsmarktes überwinden. Große Teile der Bevölkerung sind von der eigentlich positiven wirtschaftlichen Entwicklung mehr

oder weniger abgehängt. Langzeitarbeitslose und Ältere haben immer noch nur wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Alleinerziehende und junge Erwachsene haben es nach wie vor schwer, Fuß zu fassen – das Armutsrisiko in diesen Gruppen hat deutlich zugenommen. Das gilt aber auch für viele berufstätige Menschen. Sie arbeiten in schlecht bezahlten oder befristeten Anstellungen. Sie haben teilweise mehrere dieser Jobs, um sich irgendwie über Wasser zu halten oder sie müssen ihre unzureichenden Einnahmen mit Sozialhilfe aufstocken. Die Zahl der Beschäftigten in Leiharbeit und mit Schein-Werkverträgen, in befristeten und geringfügigen Arbeitsverhältnissen steigt seit Jahren zu Lasten unbefristeter und sozial abgesicherter Normalarbeitsverhältnisse. Diesen Trend wollen wir umkehren. Sozial abgesicherte und gute Arbeit muss wieder die Norm sein.

In den beschriebenen Arbeitsverhältnissen arbeiten besonders viele Frauen. Beruflicher Aufstieg gilt immer noch als Männersache, während die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als Frauenthema gilt. Auch deshalb beträgt der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern immer noch 22 Prozent. Diese Struktur der Frauenerwerbstätigkeit ist in vielen Fällen nicht existenzsichernd und sie führt geradewegs in die Altersarmut.

Wer täglich zur Arbeit geht oder wer sein Leben lang geschuftet hat, darf nicht beim Sozialamt betteln müssen, um sich den schmalen Lohn oder die Mini-Rente aufstocken zu lassen. Deshalb führt an einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn kein Weg vorbei. Deshalb müssen wir aber auch das Tarifsystem stärken und endlich der massenhaften Tariffucht durch die Arbeitgeber einen Riegel vorschieben. Denn genau dadurch werden Dauer-Leiharbeit, Niedriglöhne Schein- und befristete Arbeitsverträge erst möglich. Deshalb wollen wir es deutlich erleichtern, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären und so auch Abschlüsse verhindern mit dubiosen christlichen Gewerkschaften, die vieles vertreten, nur keine Arbeitnehmerinteressen.

Tarifabschlüsse mit Hungerlöhnen von vier Euro irgendwas, wie es sie in Ostdeutschland gibt, wären dann unmöglich. Darin unterscheidet sich unser Konzept im Übrigen von der Mogelpackung namens Lohnuntergrenze, mit der neuerdings die FDP verzweifelt um soziales Profil kämpft. Die ehemalige Partei der Besserverdienenden akzeptiert nämlich jede Form von Lohndumping, wenn Sie nur irgendwo in der Branche tariflich vereinbart wurde. Das,

meine lieben Genossinnen und Genossen, ist dann wirklich eine klare Alternative, und die müssen wir auch so benennen: 8,50 Euro mit Rot-Grün oder 4 Euro mit Schwarz-Gelb.

Die zweite Antwort auf die Frage nach einer gerechten Gesellschaft lautet: Wir wollen ein Land, in dem junge Menschen die Chancen bekommen, die sie verdienen. Was Kinder und Jugendliche in ihren Köpfen haben, soll darüber entscheiden, was sie an den Schulen und Universitäten schaffen – und nicht das Bankkonto der Eltern. Deshalb ist unser Ziel die gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule.

Der entsprechende Abschnitt des Regierungsprogramms ist „Aufstieg durch Bildung“ überschrieben. Die Chance, ärmlichen Lebensverhältnissen zu entkommen, der Weg vom Rand der Gesellschaft in die Mitte, das ist ein grundlegendes Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft und ein Anliegen der Sozialdemokratie von Anfang an. Und dieses Anliegen ist untrennbar mit dem Zugang zu einem gerechten Bildungssystem verbunden, in dem die Leistung und nicht die Herkunft über den Erfolg entscheidet. Kein Wunder, dass die konservativen Eliten diese Aufstiegschancen schon immer argwöhnisch beäugt haben. Sie wollten am Gymnasium lieber unter sich bleiben, sie wetterten gegen die Studentenschwemme, sie fürchteten um ihre Privilegien. Sie wussten und wissen: Bildung ist gefährlich, Bildung ermöglicht nicht nur besser bezahlte Arbeit, sondern noch viel mehr. Teilhabe, Demokratie, Kultur, die Chance, eigene Interessen durchzusetzen – für diejenigen, die nicht das Glück haben, in die Oberklasse hineingeboren zu werden, ist das alles zu großen Teilen an die Chance auf gute Bildung gebunden.

Seien wir ehrlich: Hundertprozentig eingelöst wurde das Versprechen auf den sozialen Aufstieg durch Bildung auch in der Vergangenheit nie. Aber seit den großen sozialdemokratischen Bildungsreformen der sechziger und siebziger Jahre herrschte auf diesem Gebiet Stillstand. Und die Bremser von damals mühen sich auch heute nach Kräften, Sand ins Getriebe zu streuen. Sicher, alle Parteien betonen die große Bedeutung des Bildungssystems. Doch ob die Schwarz-Gelben dringend benötigte Mittel für Kitas lieber ins Betreuungsgeld stecken, ob sie wie bei uns im Ländle viel zu lange an einem selektiven Schulsystem festhalten, ob sie die Bedeutung von Schulsozialarbeit kleinreden oder durch Studiengebühren neue finanzielle Hürden aufbauen – stets bleibt das Ziel das Gleiche:

Selektion statt Integration, Zementierung von sozialen Unterschieden statt Aufstiegschancen, Privilegien für einige statt individueller Förderung für viele.

Wo immer sich Schwarz-Gelb in den letzten Jahren bewegt hat, geschah das auf Druck der SPD und der vielen Menschen im Land, die sich mit dieser unsozialen Bildungspolitik nicht abfinden wollten. Ein Beispiel sind die Studiengebühren, auch wenn z.B. der Seehofer in Bayern inzwischen so tut, als ob die CSU schon immer gegen Studiengebühren gewesen – getreu der alten Adenauer-Maxime „Was geht mich mein Geschwätz von gestern an?“. Ich bin mir sicher: Auch hier wird das Gedächtnis der Wähler nicht ganz so schlecht sein, wie es die Arroganz der Macht bisweilen glauben macht.

An dieser Stelle möchte ich Christian Ude und der bayerischen SPD beide Daumen drücken, dass sie eine Woche vor der Bundestagswahl den Wende-Horst und seine Amigo-Truppe mitsamt ihrem familieneigenen Hochlohnsektor aus der Staatskanzlei fegen – auch wenn das eigentlich nicht zum Thema des heutigen Abends gehört.

Sehr wohl zum Thema gehört aber, dass wir den Weg zu einem leistungsfähigen und sozial gerechten Bildungssystem auf Dauer nicht schaffen werden, wenn der Bund Ländern und Kommunen nicht unter die Arme greifen darf. Das sogenannte Kooperationsverbot ist ein Irrweg, den wir durch einen kooperativen Bildungsföderalismus ersetzen wollen. Die dafür notwendige Grundgesetzänderung werden wir auf den Weg bringen.

An dieser Stelle muss ich die Sprache auf ein Thema im Regierungsprogramm bringen, für das wir von Schwarz-Gelb und ihren medialen Hilfstruppen schon heftig beschimpft wurden. Gute Bildung kostet – und anders als gewisse Steuersenkungsparteien tun wir nicht so, als ob steigende Ausgaben und sinkende Einnahmen problemlos zusammenzubringen seien. Wir wollen 20 Milliarden Euro im Jahr zusätzlich in Bildung stecken. Wem das zu viel erscheint, den möchte ich daran erinnern, dass wir uns dann überhaupt erst im Durchschnitt der OECD-Länder bewegen. 2 Milliarden kommen durch das Betreuungsgeld herein, das wir abschaffen und komplett in den Kita-Ausbau stecken werden. Einen Teil können wir an anderer Stelle einsparen. Aber wir sagen deutlich: Wir werden die Vermögenssteuer anpassen und Steuerprivilegien streichen, damit wir die notwendigen Mittel für eine Bildungsoffensive

haben. Dass Schwarz-Gelb angesichts ihrer bisher desaströsen Bilanz nichts davon wissen will, den Menschen schon vor der Wahl reinen Wein einzuschenken, sollte uns allerdings nicht allzu sehr erstaunen.

Wohnen ist teurer geworden. Die Kombination aus steigenden Energiepreisen, real sinkenden unteren Einkommen, Immobilienspekulationen und teilweise kräftigen Mieterhöhungen nach Gebäudesanierungen hat für viele Menschen zu kaum mehr verkraftbaren Belastungen geführt. Die Bundesregierung tut ja gerne so, als sei dafür vor allem die Energiewende verantwortlich, beruft schnell ein paar Gipfeltreffen und Arbeitsgruppen ein und zuckt ansonsten mit den Achseln.

Mit Verlaub, das ist eine schamlose Verdrehung der Tatsachen. Nicht die Energiewende ist das Problem, sondern das völlige Missmanagement der Bundesregierung. Nicht die energetische Sanierung belastet die Geldbeutel, sondern die Tatsache, dass die Kosten dafür einseitig auf die Mieter abgewälzt werden können. Und nicht die niedrigen Renditen für Bauherren verteuern das Angebot, sondern der fast völlige Rückzug der schwarz-gelben Koalition aus dem sozialen Wohnungsbau.

Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird in der nächsten Legislaturperiode ein „Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen“ initiieren – in einem Bündnis mit den Ländern, Kommunen, den Mieter- und Sozialverbänden, der Bau- und Wohnungswirtschaft und den Gewerkschaften. Unser Ziel ist zukunftsgerechter und zugleich bezahlbarer Wohnraum in intakten und lebendigen Nachbarschaften.

Dafür werden wir in den sozialen Wohnungsbau investieren, die Mietpreisspirale bremsen, kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen als Garanten für Mietsicherheit und sozial ausgewogene Nachbarschaften stärken, den Heizkostenzuschuss beim Wohngeld wieder einführen und das Wohngeld als zielgenaues Instrument der sozialen Sicherung stärken. Und wir werden dafür sorgen, dass die Maklergebühren der zahlt, der den Makler beauftragt. Wer bestellt, der bezahlt. Das gilt schließlich sonst auch überall in der Marktwirtschaft.

Mit diesen Maßnahmen knüpfen wir im Übrigen an die Überlegungen eines großen Vordenkers der Sozialdemokratie an. Ich rede natürlich von meinem alten Freund und Vorbild Erhard Eppler. Der hat schon vor fünfzehn Jahren darauf hingewiesen, dass wir die Sicherung der Grundbedürfnisse, etwa Wasser, Mobilität, Wohnen, niemals allein den Kräften des Marktes überlassen dürfen. Das sind vielmehr elementare Aufgaben der Daseinsvorsorge, die immer auch Teil eines politischen Prozesses sein müssen und die am Besten in den Kommunen aufgehoben sind. Die Folgen des neoliberalen Privatisierungswahnes zeigen, wie recht er schon damals hatte. Aber manche kommen eben erst später drauf.

Es wird Zeit, dass wir unseren Blick auf die Familien werfen. Schauen wir uns doch einmal eine typische Familie in Deutschland im Jahr 2013 an. Vatis Einkommen als, sagen wir Arzt oder gehobener Angestellter reicht gut aus, um seine Familie zu ernähren. Mutti kann sich also um das Haus und die Kinder kümmern, wenn sie will, ist sie in ihrer Freizeit am Ort noch karitativ engagiert. Haben die Kinder Schwierigkeiten in der Schule, klemmt sie sich besonders intensiv hinter die Hausaufgaben, bei Bedarf kann man auch noch eine Nachhilfelehrerin hinzuziehen. Ihr lacht? Moment Mal, genau hier beginnen zahlreiche Streitpunkte zwischen uns und der CDU. Das ist nämlich bis heute das Bild, das der Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Familienpolitik der Union zugrunde liegt. Ob die Christdemokraten selbst wirklich noch daran glauben, vermag ich gar nicht zu sagen. Man könnte jetzt trefflich darüber spotten, wie sich diese Partei verbiegen muss, weil die Wirklichkeit so gar nicht mehr zur schönen Vorstellung passt. Aber dieses traditionelle Familienbild führt auf direktem Weg zum Betreuungsgeld, zum Widerstand gegen Ganztageschulen, zur steuerlichen Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften.

Für mich und für die SPD ist Familie überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen. Dazu gehören Paare – ob mit oder ohne Kinder und Trauschein – ebenso wie Alleinerziehende, Patchwork- oder Regenbogenfamilien sowie Großeltern und Menschen, die für ihre pflegebedürftigen Eltern sorgen. Zur Familie gehören Jung und Alt. Es geht uns um ein solidarisches Miteinander der Generationen. Eine moderne Familienpolitik muss mit guten Rahmenbedingungen die Familien dabei unterstützen, ihre

unterschiedlichen Lebensentwürfe bestmöglich zu verwirklichen und eine moderne Partnerschaft leben zu können.

Dafür brauchen wir vor allem drei Dinge: eine familienfreundliche Arbeitswelt, gute Ganztagsbildungs- und -betreuungsangebote und eine gute materielle Absicherung aller Kinder.

An dieser Stelle kann ich es mir nicht verkneifen, wieder einmal ein dickes Brett zu bohren: Mir wird immer wieder vorgehalten, Familienpolitik sei doch ein bequemes und harmloses Thema für eine Frau und Sozialdemokratin. Großer Kuschelfaktor, aber echte Politik wird woanders gemacht. Nein, nein, nein! Ich sage dazu: „So ein Unfug!“ Gute Familienpolitik ist die Summe aus guter Bildungspolitik, ausgewogener Steuerpolitik, gerechter Lohnpolitik, engagierter Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. Gute Familienpolitik ist nicht weicher oder symbolischer als alle anderen Politikbereiche auch. Und gute Familienpolitik ist existenziell für unseren zukünftigen Wohlstand, für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft, für das Miteinander in unserem Land.

Das Schöne daran ist: Mit dieser Einschätzung befinde ich mich zu 100% im Einklang mit unserem Regierungsprogramm. Das orientiert sich in Sachen Familien an den eben erwähnten drei Faktoren: Eine Arbeitswelt, die Menschen genug Zeit lässt, sich um ihre Angehörigen zu kümmern; eine moderne Infrastruktur mit ausreichenden Betreuungsangeboten; und Maßnahmen, um vor allem die Kinder materiell abzusichern.

Über den notwendigen weiteren Ausbau von Ganztagesangeboten bei Kitas und Schulen haben wir im Zusammenhang mit Bildung schon gesprochen. Für eine familienfreundliche Arbeitswelt setzen wir z.B. auf eine Familienarbeitszeit, die es Eltern erlaubt, ihre Arbeitszeit zeitlich befristet partnerschaftlich zu reduzieren, ohne dass dies zu Lasten ihrer beruflichen Entwicklung geht. Wer dann familienbedingt in Teilzeit gegangen ist, soll einen Rechtsanspruch erhalten, in Vollzeit zurückzukehren.

Das erfolgreiche Elterngeld werden wir so weiterentwickeln, dass eine partnerschaftliche Erziehung gestärkt wird. Mütter und Väter können künftig 14 Monate lang Elterngeld beziehen und gleichzeitig in Teilzeit arbeiten.

Kindererziehung ist ein Thema. Aufgrund des demografischen Wandels sind jedoch auch immer mehr Menschen pflegebedürftig. Die meisten von ihnen werden zumindest eine lange Zeit in der Familie gepflegt. Die Doppel-, manchmal Dreifachbelastung der Angehörigen von Pflegebedürftigen führt oft zu Ausfällen, die weder der Einzelne noch die Gesellschaft verkraften kann. Es ist wichtig, dass Frauen und Männer trotz der Pflege von Angehörigen im Arbeitsleben bleiben können und nicht dauerhaft aussteigen müssen. Deshalb werden wir z.B. die geltende zehntägige Auszeit für Angehörige, die kurzfristig Zeit für die Organisation einer neuen Pflegesituation benötigen, mit einem finanziellen Ausgleich analog dem Kinderkrankengeld koppeln. Für länger andauernde Pflegesituationen wollen wir eine flexible Pflegezeit mit Lohnersatzleistung entwickeln. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihre Arbeitszeit für die Pflege Angehöriger verringert haben, müssen wieder auf die alte Arbeitszeit zurückkehren können. Beide Maßnahmen sollen aus der Pflegeversicherung finanziert werden.

Um Familien mit Kindern besser abzusichern, werden wir ein neues einkommensabhängiges Kindergeld für geringe und mittlere Einkommen einführen, in das wir den bisherigen Kinderzuschlag integrieren. Es wird künftig Familien mit kleineren Einkommen überdurchschnittlich fördern und nicht mehr die mit den höchsten Einkommen. Heute bekommt ein Spitzenverdiener mehr Entlastung für seine Kinder als ein Normalverdiener. Gleichzeitig gelingt es im aktuellen System nicht, materielle Kinderarmut wirksam zu bekämpfen.

Das Neue Kindergeld ist eine wichtige Ergänzung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,50 Euro, um hier noch einmal den Bogen zu schlagen. Mindestlohn und Neues Kindergeld sorgen gemeinsam dafür, dass Eltern, die Vollzeit arbeiten, nicht in die Bedürftigkeit abrutschen.

Zu all diesen Themen hat die Bundesregierung nur billigen Etikettenschwindel zu bieten. Betreuungsgeld, Lebensleistungsrente, Lohnuntergrenze, Pflege-Bahr, und, und, und. Wird dann schwarz-gelbes Versagen quasi amtlich bestätigt, wird flugs getrickst und totgeschwiegen. Denkt nur an das desaströse Gutachten zur Familienpolitik oder an unangenehme Wahrheiten im Armutsbericht.

Desaströse Gutachten – das Stichwort führt mich direkt zum Thema Gesundheit und Pflege. Die Stiftung Warentest hat gerade erst dem Pflege-Bahr ein vernichtendes Urteil ausgestellt. Keine einzige staatlich geförderte Pflegegeld-Police ist nach Ansicht der Tester empfehlenswert. Dabei wollte das FDP-Reförmchen doch gerade mit subventionierten Policen die Lücke zwischen den Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung und den tatsächlichen Kosten schließen. Genau das schafft der Pflege-Bahr nicht, sagt die Stiftung Warentest. Warum nur keimt da in mir der Verdacht auf, dass die eigentliche Zielsetzung wieder einmal schamlose Klientelpolitik war – hier zugunsten der privaten Versicherer.

Wer dagegen Gesundheit und Pflege als wichtige Schwerpunkte der Daseinsvorsorge ernst nimmt, wer die Kosten von medizinischem Fortschritt und einer immer älter werdenden Gesellschaft gerecht verteilen will, der kommt an einer Reform der Pflege so wenig vorbei wie an der Einführung der Bürgerversicherung.

Unsere Vorschläge reichen von einer Neuausrichtung der Pflege über die Stärkung der Pflegeberufe bis zu besseren Rahmenbedingungen für Pflege in der gewohnten Umgebung. Und wir werden die Bürgerversicherung als Krankenvoll- und Pflegeversicherung für alle Bürgerinnen und Bürger einführen. Für alle Neu- und bislang gesetzlich Versicherten wird sie verbindlich werden. Menschen, die bisher privat versichert sind, können für ein Jahr befristet wählen, ob sie wechseln wollen. Zugleich schaffen wir Zusatzbeiträge ab und stellen die tatsächliche Parität von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträgen wieder her. Mit der Bürgerversicherung werden wir ein einheitliches Versicherungssystem mit einer einheitlichen Honorarordnung für die gesetzlichen wie privaten Krankenversicherungen einführen. Das Gesamthonorarvolumen wird dabei nicht geschmälert, sondern gerechter verteilt. Die Zwei-Klassen-Versorgung im Gesundheitswesen ist dann Geschichte.

Steuerpolitik begreifen wir als ein weiteres wichtiges Mittel, das solidarische Miteinander in unserem Land zu ermöglichen und zu fördern und der sozialen Spaltung entgegenzuwirken. Sie muss gerecht und zugleich wirtschaftlich vernünftig sein. Das ist sie dann, wenn sie dem Staat ausreichende Einnahmen verschafft, um seine Aufgaben zu erfüllen, und wenn dabei starke Schultern mehr tragen als schwache. Deutschland ist hier aus dem Gleichgewicht

geraten. Die Löhne im oberen Bereich sind in den letzten zehn Jahren gestiegen. Die unteren 40 Prozent der Vollzeitbeschäftigten haben nach Abzug der Inflation Reallohnverluste erlitten. Das Vermögen privater Haushalte wächst und beträgt fast 10 Billionen Euro. Vor allem die obersten zehn Prozent der Haushalte haben von den Zuwächsen profitiert. Während sie 1970 44 Prozent des gesamten Nettovermögens besaßen, sind es heute über 60 Prozent.

Wir wollen zukünftig Bezieher hoher Einkommen und Vermögende stärker zur Finanzierung unseres Gemeinwesens heranziehen. Dazu wollen wir zum einen den Spitzensteuersatz von 42 bzw. 45 Prozent auf 49 Prozent für zu versteuernde Einkommen ab 100.000 Euro bzw. 200.000 Euro bei Eheleuten erhöhen. Zum andern werden wir die Vermögensteuer dem internationalen Durchschnitt anpassen. Anders als uns von den schwarz-gelben Besitzstandswahrern vorgeworfen wird, tragen wir dabei der besonderen Situation des deutschen Mittelstandes, von Personengesellschaften und Familienunternehmen Rechnung und engen deren Investitionsmöglichkeiten nicht ein.

Das wird man auch hier bei uns in Ostwürttemberg mit Interesse zur Kenntnis nehmen. Denn natürlich haben wir bei diesen moderaten Plänen genau die Wirtschaftsstruktur im Blick, wie sie in unserer Region vorherrscht. Mittelständische Betriebe mit hohem Innovationsdruck, Familienbetriebe, kleine Unternehmen. Ihnen allen kann ich versprechen, dass wir sie nicht schröpfen werden. Im Gegenteil, die Einnahmen kommen in Form von Infrastrukturmaßnahmen besonders der mittelständischen Wirtschaft zugute.

Und auch der schwäbische Häuslebauer muss sich nicht sorgen. Hohe Freibeträge für Privatpersonen stellen nämlich sicher, dass normale Einfamilienhäuser nicht von der Vermögensteuer betroffen sein werden.

Was wir dagegen sehr wohl tun werden ist, besondere steuerliche Privilegien für einzelne Interessengruppen, etwa Hoteliers und reiche Erben, die CDU/CSU und FDP in den vergangenen Jahren neu geschaffen haben, wieder zurückzunehmen.

Kommen wir zu der Steuerfrage, die die Menschen in Deutschland derzeit scheinbar am meisten beschäftigt: Was wird mit Uli Hoeneß? Spaß beiseite: Steuerbetrug ist kein Kavaliersdelikt, sondern eine Straftat, die das Vertrauen in den Rechtsstaat untergräbt und

den Zusammenhalt unserer Gesellschaft gefährdet. Punkt. Und deshalb wollen wir Steuerbetrug stärker verfolgen. Wir wollen die beteiligten Banken in die Pflicht nehmen und drohen mit Sanktionen bis hin zum Entzug der Banklizenz. Die Verjährungsfristen für Steuerbetrug werden wir verlängern. Verstöße gegen das Steuerrecht sollen künftig nicht mehr automatisch schon nach zehn Jahren verjähren, sondern zumindest die Laufzeit verdächtiger Finanzkonstrukte abdecken. Ein gutes Vorbild sind dabei übrigens die Vereinigten Staaten. Dort beginnt die Verjährungsfrist überhaupt erst mit der Abgabe einer korrekten Steuererklärung.

Doch zurück zum Fall Hoeneß: Dass sich der Bayern-Präsident selbst angezeigt hat, kann sich wer auf die Fahnen schreiben? Genau, wir! Schließlich war es die SPD, die gemeinsam mit den Grünen über den Bundesrat verhindert hat, dass Schäubles unsägliches Steuerabkommen mit der Schweiz in Kraft trat. Nach allem, was zu lesen ist, hat Herr Hoeneß lange darauf gehofft, im Zuge dieses Abkommens anonym zu bleiben und straffrei davon zu kommen. Diese Rechnung haben wir Genossen platzen lassen – und das ist auch gut so.

An dieser Stelle verlassen wir einmal kurz das Inhaltsverzeichnis des Regierungsprogramms. Das Verhältnis unserer SPD zu den Gewerkschaften war ja nicht immer ungetrübt – mit fatalen Folgen für die SPD, aber vor allem auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren politische und gesellschaftliche Vertretung geschwächt war. Es gehört für mich zu den wichtigsten Punkten, dass wir mit diesem Regierungsprogramm den Schulterschluss mit den Gewerkschaften wieder gefunden haben.

Das gilt für die Sachthemen. So sind z.B. einst große Streitpunkte wie die Rentendiskussion beigelegt. Mit unserem Konzept des differenzierten Übergangs in die Rente, der nach 45 Beitragsjahren ab 63 abschlagsfrei möglich sein muss und mit der abschlagsfreien Erwerbsminderungsrente sorgen wir gemeinsam für Rentengerechtigkeit und bekämpfen Altersarmut. Und es gilt personell. Die Berufung von Klaus Wiese in Peer Steinbrücks Kompetenzteam ist da ein ganz klares Signal.

Zum Ende meines Streifzugs durch das Regierungsprogramm möchte ich noch ein paar Sätze zum Thema Frauen und Gleichstellung sagen. Die SPD konzentriert sich dabei stark auf die

wirtschaftliche Situation von Frauen, auf den Arbeitsmarkt und auf steuerliche Fragen. Zu Recht, wie ich finde. Wir haben von zukunftsweisenden Vorschlägen wie der Familienarbeitszeit oder dem Elterngeld gehört, die auf die Stärkung einer gleichberechtigten und partnerschaftlichen Kindererziehung abzielen. Aber machen wir uns nichts vor: Die Wirklichkeit sieht noch anders aus. Wenn wir über die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf reden, reden wir überwiegend über den Arbeitsmarkt für Frauen. Wenn wir die Situation von Ein-Eltern-Familien verbessern, betrifft das zu 90% Frauen. Wenn wir uns prekäre und schlecht bezahlte Beschäftigungsverhältnisse anschauen, finden wir deutlich mehr Frauen als Männer. Wenn wir Sozial- und Pflegeberufe auch finanziell aufwerten wollen, verbessern wir im Wesentlichen die Einkommenssituation – genau, von Frauen.

Das Regierungsprogramm trägt diesen Tatsachen Rechnung. Wir wollen die Schere zwischen den Einkommen von Männern und Frauen schließen, indem wir mit einem Entgeltgleichheitsgesetz die Betriebe verpflichten, Frauen für gleiche und gleichwertige Arbeit gleich zu bezahlen wie Männer. Wir wollen die 40-Prozent-Geschlechterquote für Aufsichtsräte und Vorstände börsennotierter und mitbestimmter Unternehmen verbindlich festlegen, weil eine ausgewogenere Führungsstruktur die Unternehmenskultur auf allen Ebenen verbessern kann. Vor allem aber wollen wir damit einen Bewusstseinswandel beschleunigen, der Frauen hilft, die vielzitierte gläserne Decke in den Unternehmen einzureißen und ihre Fähigkeiten in Führungspositionen unter Beweis zu stellen. Schließlich wollen wir das Ehegattensplitting in seiner bisherigen Form abschaffen. Es bevorzugt hohe Einkommen, Einverdiener-Ehen oder solche mit einer möglichst großen Einkommensdifferenz und ist damit ebenfalls ein Anachronismus, der Frauen in eine Rolle als Zuverdienerinnen und damit in schlechter bezahlte oder geringer qualifizierte Jobs drängt.

Damit möchte ich meine Ausführungen zum Regierungsprogramm fürs erste beenden. Meine Auswahl ist zugegebenermaßen subjektiv. Ich kann euch versichern, dass in diesem Programm noch sehr viel mehr kluge Dinge drinstehen. Manch eine oder einer von euch mag bei der Lektüre ganz andere Schwerpunkte setzen und hat heute vielleicht Themen vermisst, die ihr oder ihm besonders am Herzen liegen. Ich hoffe jedoch, ich konnte euch von drei Dingen überzeugen: Erstens, dass wir mit diesem Programm sehr gut aufgestellt sind.

Zweitens, dass ich mich mit meiner gesamten bisherigen politischen Arbeit darin gut aufgehoben finde und mit ganzem Herzen dahinter stehen kann. Und drittens, dass es sich lohnt, dafür zu kämpfen, dass wir mit Peer Steinbrück an der Spitze die Chance erhalten, unsere Ideen für ein besseres Deutschland ab September umzusetzen. Mit einem Kandidaten also, der im Vergleich zu seiner Kontrahentin drei unschätzbare Vorteile hat: Er versteht wirklich etwas von Wirtschaft und Finanzen. Er steht zu seinen Ecken und Kanten und ist trotzdem lernfähig. Und er hat die bessere Partei hinter sich. Noch einmal: Es lohnt sich zu kämpfen.

Und das bringt mich zu einer letzten persönlichen Bemerkung. Wie ihr euch denken könnt, war ich zu Jahresbeginn vom Ergebnis des Listenparteitags bitter enttäuscht. Diese geringe Wertschätzung meiner Person und zugleich eurer erfolgreichen Arbeit hier vor Ort in den letzten Jahren hatten wir nicht verdient. Aber Rückschläge stacheln meinen Kampfgeist erst so richtig an. Ich bin vor vielen Jahren nicht in die SPD eingetreten, um Karriere zu machen, sondern um bessere Politik zu machen. Und es steht ja wohl außer Frage, dass unser Land eine bessere Politik, eine bessere Regierung verdient hat. Also: Wenn ich meine Enttäuschung herunterschlucken kann, dann könnt ihr das auch. Ich bitte euch, mich und die SPD im Wahlkampf mit ganzer Kraft zu unterstützen. Die Wahl wird in jedem einzelnen Dorf, in jedem Wahlkreis gewonnen, ganz egal wer am Ende für die SPD nach Berlin zieht. Wir wollen einen Regierungswechsel! Tun wir das Unsere dazu.

Vielen Dank!